

**Interview des Magazins der „National Confederation of Disabled People
in Greece“ mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Ilja Seifert am
18.07.2011**

1. *Sie sind ein angesehenes Mitglied des Deutschen Parlaments. Welches ist die Rolle von Deutschland als ein führendes Mitglied der EU in dieser Finanzkrise hinsichtlich der Maßnahmen der Sparpolitik, welche in einigen Europäischen Ländern geplant sind, einschließlich Griechenland? Sollte der Schutz der Rechte und der Lebensbedingungen der Menschen mit Behinderungen in die Agenda Ihres Landes, welche die EU aus der Krise bringen soll, eingeschlossen werden?*

Dr. Ilja Seifert: Selbstverständlich wäre es gut, wenn die Lösung der Finanzkrise mit der Ermöglichung der vollen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen verbunden würde. Das gilt für Deutschland ebenso wie für Griechenland und alle anderen Staaten, die sich der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet fühlen.

Beispielsweise könnte ein neu aufzulegendes großes Investitionsprogramm, das die Beseitigung bestehender Barrieren zum Inhalt hätte, zusätzliche Konjunkturimpulse für die jeweils einheimische Bauindustrie geben. Gleiches gilt für den Verkehrsbereich. Auch da finden wir jede Menge Barrieren, deren Beseitigung nicht nur blinden, gehörlosen und/oder gehbehinderten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichte, sondern Allen zusätzliche Bequemlichkeit schüfe.

Solche Programme sollten sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene aufgelegt werden. Sie müßten auf mindestens 10 Jahre angelegt und gut ausgestattet sein. Parallel dazu dürften keine neuen baulichen, kommunikativen oder psychologischen Barrieren mehr errichtet werden. So kämen wir innerhalb des vor uns liegenden Jahrzehnts wirklich ein gutes Stück voran. Menschen mit und ohne Behinderungen könnten besser und gemeinsam (inklusiv) am gesellschaftlichen Leben teilhaben und so ihre Persönlichkeit freier entfalten. Die Finanzkrise würde nicht zum „Totsparen“ emanzipatorischer Projekte mißbraucht, sondern als Chance zur nachhaltigen Wirtschaftsbelebung genutzt. Leider unterstützen weder nationalen Regierungen noch die EU-Kommission oder gar große Banken ein solches, sinnvolles Krisenüberwindungsprogramm.

2. *Wie ist Ihre Meinung über die Rolle der EU hinsichtlich des Weges, welchen diese während der finanziellen und ökonomischen Krise einhielt? Wie sollte die EU die verletzbareren Gruppen in der Gesellschaft, einschließlich Menschen mit Behinderungen, schützen?*

Dr. Ilja Seifert: Momentan (Ich beantworte Ihre Fragen am 18. Juli 2011!) sind wir noch mitten in der Finanzkrise. Wenn dieses Interview erscheint, werden wir vielleicht klüger sein. Ob es uns – insbesondere den von Ihnen angesprochenen „verletzbareren Gruppen der Gesellschaft“ – dann besser geht, vermag ich heute nicht abzuschätzen. Ich befürchte jedoch, daß wir eher mit dem Gegenteil rechnen müssen.

Dabei wäre es auf EU-Ebene durchaus möglich – und äußerst sinnvoll, sowohl ökonomisch als auch psychologisch, nicht zuletzt unter Menschenrechtsgesichtspunkten –, den Schutz von Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen mit der Krisenbewältigung zu verknüpfen. In meiner ersten Antwort nannte ich dafür schon einige Beispiele. Eine weitere Möglichkeit, viele dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen, wäre die umfassende Ermöglichung persönlicher Assistenz in allen Lebensbereichen (Wohnen, Familie, Bildung, Arbeit, Freizeit, Einkaufen, Kultur, Sport, politische Interessenvertretung, Religionsausübung, Selbsthilfe usw.).

Die erforderliche Hilfe soll bedarfsgerecht zum Menschen (mit Behinderungen) kommen, nicht umgekehrt. Wir brauchen keine teuren „Aufbewahrungs“-Einrichtungen sondern sehr flexible, individuelle Assistenz. Auch kleine, sich gegenseitig helfende Wohn-Gemeinschaften (4 – 6 Personen) sollten gefördert werden.

Nicht zuletzt wäre es äußerst nützlich, die Selbsthilfeorganisationen Betroffener dauerhaft zu stärken. So könnten sie ihr Expertenwissen in eigener Sache vervollkommen, ihre Erfahrungen international austauschen und fachkundig in den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß einbringen.

3. *In Krisenzeiten wird angenommen, dass konservative soziale und politische Reflexe aktiviert sind. Was denken Sie darüber?*

Dr. Ilja Seifert: Der „Mainstream“ scheint so zu sein. Aber können wir es uns überhaupt leisten, diesem konservativ-neoliberalen „Mainstream“ weiter zu folgen? Er führte uns doch erst so tief in die Krise. Wieso sollten die gleichen Methoden und Prämissen – Deregulierung, Wettbewerb, Sozialabbau usw. –, die ich zu den Ursachen der Krise zähle, geeignet sein, uns herauszuführen? Ich meine, es wird höchste Zeit für neue Ideen. Eine davon ist, die soziale Entwicklung in den Mittelpunkt politischer Aktivitäten zu rücken.

Menschenrechts- und Sozialpolitik darf nicht länger als „Abfall-Produkt“ der Wirtschaftspolitik gesehen, sondern sie müssen als treibender Motor begriffen werden. Hier entstehen dauerhafte Arbeitsplätze. Hier entsteht Zufriedenheit mit der Lebensqualität. Hier entstehen neue Bedürfnisse, mit deren Befriedigung sowohl die produzierende Wirtschaft als auch der Dienstleistungssektor wachsen kann, ohne daß die natürlichen Ressourcen des Planeten verschwendet werden. Hier werden auch neue Fragen aufgeworfen, die innovative Antworten brauchen, was ein weites Feld wissenschaftlicher Forschung, die von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam betrieben werden sollte, eröffnet. Wir brauchen den Mut, eingefahrene Gleise zu verlassen, ohne daß wir all unsere Erfahrungen „vergessen“. Also neue, kreative Schritte *mit* den Betroffenen gehen, nicht, sie ihnen „aufzwingen“.

4. *Wie wirken sich Sparpolitik und die finanzielle und ökonomische Krise auf die Europäischen Menschen mit Behinderungen aus? Gibt es Schutzmaßnahmen, welche die Regierung ergreifen sollte? Wie sollten Ihrer Meinung nach Organisationen von Menschen mit Behinderungen agieren?*

Dr. Ilja Seifert: Ich sehe zwei Tendenzen. Zum einen gibt es einen Aufschwung der Behindertenbewegung. Er hat häufig emanzipatorischen Charakter. Man „schämt“ sich seiner Beeinträchtigung nicht mehr. Man verläßt die Rolle des demütigen und dankbaren Bittstellers. Man erhebt Forderungen, hat Ansprüche, die einem Nutzen-für-Alle-Konzept folgen. Man fühlt sich als gleichwertiges und gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft, so, wie es dem Geist der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht. Auf der anderen Seite sehen sich Betroffene einem brutalen „Kosten-Nutzen-Denken“ ausgesetzt. Überall soll „gespart“ werden. Die meisten Menschen mit Beeinträchtigungen haben aber gar nichts, wovon sie „sparen“ könnten. Vielmehr benötigen sie – zur Befriedigung ihrer elementarsten Bedürfnisse und zur Realisierung ihrer bürgerlichen Rechte – Investitionen. Investitionen in Infrastruktur (z.B. barrierefreier öffentlicher Personenverkehr), in öffentliche Dienstleistungen (z.B. ambulante Pflege-, Begleit- und Assistenzdienste), in barrierefreie Wohnungen usw. Das wird ihnen aber mit Hinweis auf die „Systemrelevanz“ bankrotter Banken verweigert. Regierungen und EU-Kommission sollten mehr das Wohl der Bevölkerung, darunter der Menschen mit Behinderungen, im Auge haben und weniger den Profit einiger großer Banken.

Die Organisationen von Menschen mit Behinderungen agieren sehr unterschiedlich. Manche sind eher zögerlich und sogar bereit, Kürzungen (wenn auch zähneknirschend) zu akzeptieren, wenn dafür ihr eigenes Überleben garantiert ist. Andere sind mutiger. Sie tragen den Protest auf die Straße. Sie unterbreiten gut durchdachte Lösungsvorschläge. Das kann ganz konkrete Verbesserungen in der Kommune betreffen, das können aber auch gesamtgesellschaftliche Perspektivwechsel sein. Ich glaube, wir brauchen beides: die Akzeptanzgewinnung vor Ort und den europa- bzw. weltweiten Paradigmenwechsel. Wir brauchen selbstbewußtes Auftreten und sympathische Konzepte. Wichtig ist kontinuierlicher Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen. Die erste Tendenz, die ich oben beschrieb, muß zur vorherrschenden werden.

5. *Denken Sie, dass Europäische Einwohner mit Behinderungen, welche eine sehr unterschiedliche Realität erleben, optimistisch wegen "besseren Tagen" in der nahen Zukunft sein können?*

Dr. Ilja Seifert: Sie sollten es sein. Auch, wenn viele alltägliche Erfahrungen dagegen sprechen. Wir, die Menschen mit Behinderungen, sind zum Optimismus „verdammte“. Ansonsten werden wir nicht die Kraft finden, die für unsern Kampf erforderlich ist. Wir bekommen nichts „geschenkt“. Keine Barrierefreiheit und keine volle Teilhabe, kein Hilfsmittel und keine Ausbildung, keine Akzeptanz als Interessenvertretung und keine eigene Wohnung, keinen guten Arbeitsplatz und kein selbstbestimmtes Familienleben.

Es gibt Länder, da gehören Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen zum alltäglichen Straßenbild. Dort finden wir viele barrierefreie Toiletten und abgesenkte Bordsteine. Dort sagen die Busse deutlich die Stationen an. Dort ist Gebärdensprachdolmetschung eine Selbstverständlichkeit im politischen und öffentlichen Leben. Dort gibt es starke Selbsthilfeorganisationen und originelle Aktionen. In anderen Ländern werden Menschen mit schweren Beeinträchtigungen noch „versteckt“. Zum Teil von den eigenen Familien, die sich ihrer „schämen“, zum Teil in staatlichen oder konfessionellen „Aufbewahrungs-Anstalten“. Dort sind Menschen- und Bürgerrechte oft noch Fremdworte. Dort ist die Behindertenbewegung schwach. Dort dominiert medizinisches „Reparatur-Denken“. Dort gilt unser So-Sein manchmal noch als „Strafe Gottes“ oder als anderweitiger „Makel“. Dabei kenne ich auch in diesen Ländern sehr engagierte Betroffene. Im Erfahrungsaustausch lerne ich von ihnen nicht weniger als sie von mir. Wir werden „bessere Tage“ haben. Wann das ist, hängt nicht zuletzt von uns selbst ab. Wie gesagt: „Geschenkt“ bekommen wir nichts!

6. *Das EDF spielt eine Schlüsselrolle bei der Durchsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Was sollte der Beitrag von Deutschland sein, da es die Konvention bereits ratifiziert hat?*

Dr. Ilja Seifert: Das Europäische Behindertenforum (EDF) ist die wichtigste Plattform für den Erfahrungsaustausch von Betroffenen innerhalb der Europäischen Union. Das ist eine sehr wertvolle Errungenschaft. Und das EDF ist unsere schlagkräftigste Interessenvertretung bei den EU-Gremien (EU-Parlament, EU-Kommission). Auch diese Aufgabe ist äußerst wichtig. Da die EU selbst Unterzeichner der UN-Behindertenrechtskonvention ist, kann sich das EDF sehr stark darauf konzentrieren, ihre Umsetzung auf EU-Ebene einzufordern und dafür konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Auf nationaler Ebene – z.B. in Deutschland – arbeiten wir in ähnlicher Richtung. Dabei stellen wir fest, daß die Bundesregierung meint, es gäbe praktische keinen Handlungsbedarf, weil in Deutschland alle Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention angeblich bereits erfüllt seien. Deshalb ist eine der gegenwärtig wichtigsten Aufgaben der deutschen Behindertenbewegung, diesen Irrtum aufzuklären und der Regierung zu zeigen, wo und welche gesetzgeberischen, verwaltungsmäßigen und bewußtseinsbildenden Maßnahmen sofort, mittel- und langfristig notwendig sind. Gleichzeitig drängen wir die Bundesregierung, auf EU-Ebene aktiver für die Erarbeitung und Umsetzung eines ambitionierten Aktionsplans einzutreten.

7. *Welche Prioritäten haben Sie hinsichtlich der Europäischen Behinderten-Agenda?*

Dr. Ilja Seifert: Es geht darum, die Menschenrechts-Dimension der Aufgabe in den Vordergrund zu rücken. Behindertenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder betrifft. Man darf sie nicht auf Sozial- oder gar Gesundheitspolitik reduzieren.

Konkret geht es m.E. um Barrierenvermeidung und Barrierenbeseitigung in allen Bereichen. Das sollte europaweit koordiniert geschehen. Dafür ist ein modernes Investitionsförderprogramm vonnöten. Parallel dazu benötigen wir den systematischen Ausbau ambulanter, wohnortnaher und bezahlbarer Dienstleistungen. Mir geht es darum, sowenige „Sonderlösungen“ wie möglich zu schaffen, stattdessen sollen alle Gesetze, Richtlinien, Dienstleistungen usw. nach dem „Nutzen-für-Alle-Prinzip“ (universal design) funktionieren. Nicht zuletzt muß der Erfahrungsaustausch zwischen den Betroffenen und ihren Selbsthilfeorganisationen weiter ausgebaut werden. Auch dafür sind Förderprogramme, die die erforderliche Assistenz einschließen, notwendig.

Sehr wichtig erscheint es mir, den Erfahrungsaustausch über die Grenzen der Europäischen Union hinaus zu tragen. In den postsowjetischen Ländern entwickeln sich neue Formen selbstorganisierter Behindertenarbeit. Dort ist man an unseren Erfahrungen sehr interessiert. Gleichzeitig können wir viel von der Improvisationserfahrung und dem Engagement der dortigen Aktivistinnen und Aktivisten lernen. Ich bin froh, daß der Kontakt zwischen dem EDF und der Gemeinschaft von Selbsthilfeorganisationen etlicher postsowjetischer Staaten bereits aufgenommen wurde und werde versuchen, an der Vertiefung und Verbreitung des gegenseitigen Erfahrungsaustausches mitzuwirken.

8. *Wie können Sie die offizielle Politik für Menschen mit Behinderungen in Deutschland beschreiben?*

Dr. Ilja Seifert: Sie ist sehr zwiespältig. Die Regierung benutzt viele unserer modernen Begriffe: Inklusion, Selbstbestimmung, Paradigmenwechsel usw. In der Praxis aber verfestigen sich dahinter alte Aussonderungs-Strukturen. Noch immer dominieren „Investitionen in Beton“, wo wir längst die Förderung selbstorganisierter, flexibler, ambulanter Strukturen benötigen.

Die Bundesregierung inszeniert große und teure „Events“, bei denen sie so tut, als bezöge sie unseren Sachverstand in die Erarbeitung ihrer Konzeptionen ein. In Wirklichkeit finden wir dann in den Papieren, Gesetzen und im praktischen Verwaltungshandeln fast nichts mehr davon wieder.

9. *Was sind die strategischen Ziele des ABiD heutzutage?*

Dr. Ilja Seifert: Der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland „Für Selbstbestimmung und Würde“ e.V. (ABiD) gehört innerhalb der emanzipatorischen Behindertenorganisationen Deutschlands zu den größten Selbsthilfe- und Interessensvertretungsverbänden. Unsere Stärke beziehen wir nicht zuletzt aus der Transformations-Erfahrung im Osten Deutschlands, denn wir gründeten uns noch in der DDR, bevor diese unterging.

Unsere Hauptziele finden sich schon in unserm Namenszusatz: Wir treten für selbstbestimmtes, würdevolles Leben von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige ein. Dieser Menschenrechtsansatz prägt unsere Arbeit seit über 20 Jahren.

In den letzten Jahren bauten wir Kontakte in postsowjetische Staaten aus. Dabei half uns, daß viele von uns in der Schule russisch lernten. Inzwischen ist der Ausbau dieser Beziehungen ein erklärtes Ziel des ABiD.

Innerhalb Deutschlands arbeiten wir im Deutschen Behindertenrat mit, treten als Sachverständige bei Parlamentsanhörungen auf und scheuen uns auch nicht, unsern Protest erforderlichenfalls auf die Straße zu tragen.

**Dr. Ilja Seifert, Germanist,
Mitglied des Deutschen Bundestages (DIE LINKE)**

Lebenslauf

- Geboren am **06.05.1951**
- **Seit 1967** durch Badeunfall querschnittsgelähmt
- **1971–1975** Germanistik-Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin
- **1975–1980** Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR
- **1980** Promotion zum Dr. phil. am Zentralinstitut für Literaturgeschichte
- **1981–1990** kulturpolitisch- wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner Haus für Kulturarbeit
- **1976–1990** nebenberuflich Literaturkritiker
- **Seit 1990** mehrere Buchpublikationen (Lyrik, Essayistik)
- **1995-2006** Partner des Sachverständigenbüros für barrierefreies Leben "Seifert & Schröder" in Berlin
- **Seit 2003** Lehraufträge an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Karls-Universität Prag sowie an der Hochschule Zittau/Görlitz

Politischer Werdegang / Ehrenämter

- **1974–1990** Mitglied der SED
- **Seit 1990** Mitglied der PDS – jetzt DIE LINKE
- **1990** Gründungspräsident des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland "Für Selbstbestimmung und Würde" e.V. (ABID)
- **1999 – 2011** Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes (BBV)
- **Seit 1996** Vertreter des Deutschen Behindertenrates im Europäischen Behindertenforum
- **1996–2008** stellv. Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland – Für Selbstbestimmung und Würde e.V. (ABiD)
- **seit 2008** Vorsitzender des ABiD

Parlamentarische Erfahrungen

- **März–Okt. 1990** Mitglied der frei gewählten Volkskammer der DDR
- **Oktober 1990 - 1994; 1998 - 2002 und seit 2005** Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecherfunktionen

- Behindertenpolitischer und Tourismuspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Parlamentarische Ausschüsse

- Mitglied im Ausschuss für Tourismus
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Sportausschuss

Parlamentariergruppen

- Stellv. Vorsitzender der Deutsch - Russischen Parlamentariergruppe
- Mitglied der Deutsch – Belorussischen, der Deutsch - Polnischen Parlamentariergruppe, der Deutsch - Tschechischen Parlamentariergruppe sowie der Deutsch - Zentralasiatischen Parlamentariergruppe

www.ilja-seifert.de

Der Allgemeine Behindertenverband „Für Selbstbestimmung und Würde“ e.V. (ABiD), im April 1990 als Behindertenverband der DDR gegründet, ist heute eine geachtete Institution für die Belange von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen.

Mit seinen sechs Landesverbänden in den östlichen Bundesländern engagiert er sich für die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in der Politik in Bund, Ländern und Kommunen, stärkt die Selbsthilfe und initiiert und fördert zahlreiche Projekte zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben.

Seit mehreren Jahren arbeitet er mit Behindertenverbänden anderer Staaten, insbesondere aus Osteuropa, zusammen.

Der ABiD ist Mitglied im Deutschen Behindertenrat, im Paritätischen Wohlfahrtsverband, im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, in der Nationale Koordinierungsstelle "Tourismus für Alle" e. V. und im Bundesverband Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen e.V.

www.abid-ev.de